



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

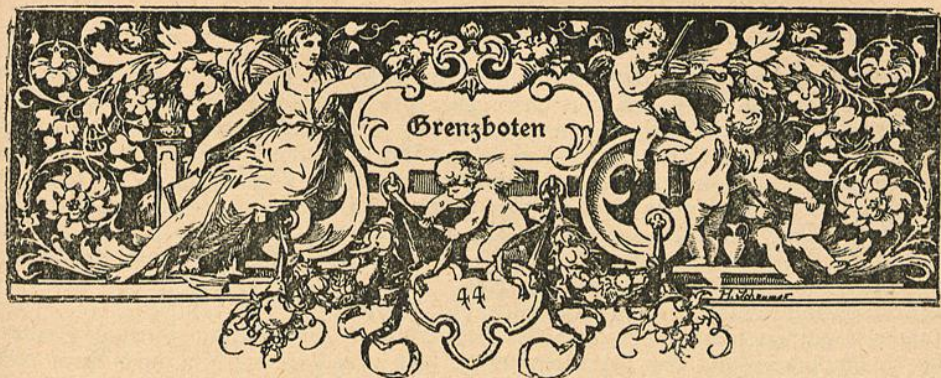
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Conrad, M.: Verbrauchssteuer statt Reichseinkommensteuer

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Verbrauchssteuer statt Reichseinkommensteuer

Von Regierungsrat M. Conrad

Wenn man auf den Besitz außerordentliche Lasten legt, welche die ernste Gefahr mit sich bringen, daß er in seiner für das Volksganze notwendigen Leistungsfähigkeit beengt wird oder gar teilweise zusammenbricht, so dürfte eine so gefährliche Maßnahme nicht ergriffen werden, ohne ihm gleichzeitig neue Wege zum Wiederaufbau zu eröffnen. Solche Maßregeln dürfen sich natürlich nicht auf das Gebiet der Steuergesetzgebung beschränken. Sie bedeuten einen neuen Weg in unserer gesamten Gesetzgebung. Aber auch in dem beschränkten Rahmen der Steuergesetzgebung können und müssen sie wirksam zur Geltung kommen. Hier soll nur eine Maßnahme besprochen werden, welche in dieser Richtung liegt. Das ist die Einführung einer Verbrauchssteuer.

Als Verbrauchssteuern werden bisher Steuern der verschiedensten Art bezeichnet. In der Regel wird dabei an indirekte Abgaben und Luxussteuern gedacht. Beides bleibt hier außer Betracht. Die allgemeine Verbrauchssteuer, von der hier die Rede sein soll, trägt durchaus den Charakter einer direkten Steuer. Sie ist bereits wiederholt vereinzelt in der Literatur gefordert. In ein Parteiprogramm hat sie jedoch bisher nicht Aufnahme gefunden und ist daher parteipolitisch unbelastet. Walther Rathenau, einer ihrer Befürworter aus neuester Zeit, sucht sie zwar parteipolitisch auszuwerten, indem er sie als demokratisierende Maßnahme empfiehlt, da sie die Lebenshaltung von Arm und Reich aneinander angleiche. Der Verfasser hält es für seine Pflicht, von vornherein zu betonen, daß ihm solche parteipolitischen Tendenzen völlig fern liegen. Ihm kommt es allein auf zweckmäßige Vorschläge zur Überwindung der Not in unserm Wirtschaftsleben an. Ihm scheint überhaupt die parteipolitische Wirkung von allgemeinen wirtschaftlichen Maßnahmen fast durchweg falsch eingeschätzt zu werden, zum mindesten aber wird sie stets überschätzt. Diese vermutete demokratisierende Wirkung dürfte daher schon aus dem praktischen Gesichtspunkte der Unsicherheit ihres Eintritts nicht in den Vordergrund gestellt werden. Vor allen Dingen aber muß endlich mit Entschiedenheit der Gesichtspunkt zur Geltung kommen, daß es unmoralisch, in unserer Notlage geradezu verbrecherisch ist, das Wohl der Allgemeinheit parteipolitisch auszunutzen. Nur sachliche Maßnahmen können uns retten, Parteiinteressen müssen zurücktreten. Hat die Einführung einer Verbrauchssteuer wirklich eine demokratisierende Nebenwirkung, so gut; hat sie es nicht, so ist das auch gut. Das einzige Kriterium für ihre Brauchbarkeit ist für uns, ob sie uns in unserer Not helfen kann.

Roh skizziert hat die allgemeine Verbrauchssteuer etwa folgendermaßen auszu-
zusehen:

Grenzboten IV 1919

9

Besteuert wird nicht das Einkommen, sondern nur der Teil des Einkommens, welcher verbraucht wird. Der ersparte oder produktiv angelegte Teil des Einkommens wird von der Steuer nicht getroffen. Ein Mindestverbrauch, der reichlich bemessen sein kann, bleibt frei. Der über ihn hinausgehende Verbrauch wird stufenweise mit steigenden Prozentsätzen zur Abgabe herangezogen. Das folgende Beispiel soll keinerlei endgültige Zahlen geben, es ist lediglich unter dem Gesichtspunkte gewählt, die Wirkung der Steuer anschaulich zu machen.

Der Mindestverbrauch der Familie, der als zum Leben unbedingt notwendig angesehen wird, bleibt, wie gesagt, frei. Nehmen wir diesen freien Mindestverbrauch mit Rathenau auf jährlich 3000 Mark im Durchschnitt an. (Im einzelnen müssen sowohl der freie Mindestverbrauch als auch die unteren Steuersätze je nach der Zahl der Familienangehörigen abgestuft werden, doch kann dies für unser Beispiel außer Betracht bleiben.) Was über 3000 Mark bis zu 5000 Mark jährlich verbraucht wird, wird mit 5 Prozent der tatsächlichen Verbrauchsaufwendung versteuert. Der Verbrauch über 5000 Mark bis zu 10 000 Mark wird von der Steuer mit 10 Prozent getroffen. Dann steigen die Steuersätze in Stufen von 10 000 zu 10 000 Mark Mehrverbrauch fortlaufend, und zwar erhöht sich bis zum Jahresverbrauch von 50 000 Mark die Steuer in jeder Stufe um 5 Prozent, in den höheren Stufen um 10 Prozent, bis zum Höchstsatz von 100 Prozent.¹⁾

Das würde folgende Belastung ergeben: Die Familie, die 5000 Mark jährlich verbraucht, zahlt 100 Mark Steuern, ein Satz, der wesentlich hinter dem gegenwärtigen Staatssteuersatz für 5000 Mark Einkommen zurückbleibt. Wer 10 000 Mark verbraucht, zahlt 600 Mark Steuern. Auch das ist eine recht mäßige Belastung. Die Steuer für 20 000 Mark beträgt insgesamt etwa 10 Prozent dieses Verbrauchs. Wer 50 000 Mark verbrauchen will, muß schon 20 Prozent abgeben, also über ein tatsächliches Einkommen von 60 000 Mark verfügen. Der Verbrauch von 100 000 Mark hat eine Abgabe von 40 000 Mark zu tragen. Wer über 110 000 Mark verbrauchen will, muß für jede weitere verbrauchte Mark mit einer weiteren Mark Steuer rechnen, sich also seinen Verbrauch das Doppelte kosten lassen.

Ich betone nochmals, daß es sich hier zunächst nur um ein Beispiel handelt, das die praktischen Wirkungen der Steuer, auf die im Folgenden eingegangen werden soll, anschaulich macht. Welche zweckmäßige Ausgestaltung der Steuer zu geben ist, wenn sie in den Kreis gesetzgeberischer Erwägungen treten sollte, darüber enthalte ich mich hier jedes Urteils.

Diejenigen, welche unter den Wirkungen des Kriegs- und Revolutionsgewinns und unserer gesunkenen wirtschaftlichen Moral an hohen Verbrauch gewöhnt sind, werden vielleicht mit Schrecken die hohen Sätze lesen, die der große Verbrauch nach dem Beispiel zu entrichten hat. Und doch muß zugegeben werden: Die Steuer ist wesentlich leichter zu ertragen, als noch eine erneute Reichssteuer

¹⁾ Das ergibt folgende Stala:

Steuersatz	Jahresverbrauch über		Höchststeuer der Stufe	Höchste Gesamtsteuer
5 %	3 000 Mark	bis zu 5 000 Mark;	10 Mark	100 Mark
10 "	5 000	" " 10 000 "	500 "	600 "
15 "	10 000	" " 20 000 "	1 500 "	2 100 "
20 "	20 000	" " 30 000 "	2 000 "	4 100 "
25 "	30 000	" " 40 000 "	2 500 "	6 600 "
30 "	40 000	" " 50 000 "	3 000 "	9 600 "
40 "	50 000	" " 60 000 "	4 000 "	13 600 "
50 "	60 000	" " 70 000 "	5 000 "	18 600 "
60 "	70 000	" " 80 000 "	6 000 "	24 600 "
70 "	80 000	" " 90 000 "	7 000 "	31 600 "
80 "	90 000	" " 100 000 "	8 000 "	39 600 "
90 "	100 000	" " 110 000 "	9 000 "	48 600 "
100 "	110 000	" "	" "	" "

auf das Einkommen, oder eine weitere Schraubung der Einkommensteuersätze für Staat und Gemeinden. Sie ist auch wesentlich gerechter. Noch ein recht reichlicher Verbrauch von 20 000 Mark trägt eine verhältnismäßig geringe Abgabe von 2000 Mark, die jeder, dessen Einkommen einen solchen Verbrauch gestattet, in seinem Etat ohne Schwierigkeit oder mit nur geringen Einschränkungen unterbringen kann. Es kann auch ohne weiteres zugebilligt werden, daß für größere notwendige Ausgaben, z. B. in Krankheitsfällen oder für die Ausstattung eines Kindes, oder für notwendige Repräsentationsausgaben (im weitesten Sinne) Steuerfreiheit bewilligt wird. Die Steuer ist jedem wirtschaftlichen Bedürfnis anpassungsfähig. Es darf auch nicht aus den Augen verloren werden, daß jede Ausgabe zu produktiven Zwecken schon begrifflich nicht unter die Steuer fällt. Dahin gehört jede Ausgabe, die für die Zukunft einen werbenden Zweck verfolgt, z. B. auch solche für die Erziehung der Kinder. Um der Produktion in keiner Weise hindernd entgegen zu treten, empfiehlt es sich, in dieser Hinsicht recht weitherzig zu sein. Auch im Einzelhaushalt muß die Anschaffung von Vieh, die Pacht von Gemüseland, die Aufwendungen für Grundbesitz zum Eigengebrauch (von Luxusbesitz natürlich abgesehen) als produktive Ausgabe anerkannt werden und steuerfrei bleiben.

Die Steuerfreiheit der produktiven Ausgabe fordert, um ihre volkswirtschaftliche Wirkung, die Förderung der Produktion, möglichst ausgiebig zu erreichen, noch einen ergänzenden Grundsatz: Jeder Naturalverbrauch aus eigener Produktion bleibt steuerfrei. Wir erhalten dadurch einen Antrieb zur Förderung der Produktion mit außerordentlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Es mag hier nur auf den für die kleinen Haushaltungen wichtigsten Gesichtspunkt hingewiesen werden: Schon heute hat sich unter der Not der Kriegsverhältnisse die Eigenproduktion in bezug auf die notwendigsten Lebensmittel ganz erheblich gesteigert. Man wird nicht bestreiten, daß sich noch in weit größerem Maße Bedürfnisse des täglichen Lebens, die jetzt tote Verbrauchsausgaben veranlassen, aus eigener Produktion befriedigen lassen. Durch die Steuer würde ein weiterer sehr wirksamer Druck auf alle Schichten des Volkes im Sinne einer allgemeinen Förderung der Eigenproduktion, im Sinne der Selbstmachung des Mittelstandes und des kleinen Mannes und damit auch indirekt der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ausgeübt werden.

Werden diese Gesichtspunkte berücksichtigt, so bleibt für die hohen Sätze der Verbrauchssteuer unabweislich nur eine Formel: Wer ein luxuriöses Leben führen will, mag es sich auch etwas kosten lassen. Jeder hat es selbst in der Hand, ob er die hohen Steuern zahlen will, oder nicht, denn er braucht seinen Verbrauch nur einzuschränken und sparsamer zu leben. Bei der progressiven Steigerung der Sätze braucht er seinen Verbrauch nur um wenige tausend Mark einzuschränken, um schon die drückendste Steuerstufe erspart zu haben. In dieser Zeit größter wirtschaftlicher Not hat niemand ein Recht, Luxus zu treiben, ohne dafür der Allgemeinheit seinen Tribut zu entrichten. Man wird zugeben müssen, daß sich unter Umständen die Sätze des Beispiels ohne Schaden für die Volkswirtschaft, vielmehr zu ihrem Segen noch wesentlich schärfer anziehen lassen. Sollten wir ein Verbrauchssteuergesetz bekommen, so wird es vielleicht zweckmäßig sein, die Steuerskala nicht ein für allemal festzulegen, sondern ihr von vornherein nur eine begrenzte Dauer auf wenige Jahre zu geben und ihre Revision nach Ablauf der Zeit in Aussicht zu nehmen. So kann die Steuer am wirksamsten dem raschen Wandel der Bedingungen des Wirtschaftslebens, insbesondere dem Wandel der inneren Valuta, des Wertes des Geldes fortlaufend angepaßt werden.

Es wird niemand bestreiten können, daß es sich hier um eine Steuer von hoher sozialer Gerechtigkeit handelt, von weit größerer Gerechtigkeit, als sie zurzeit alle anderen großen Steuern aufzuweisen haben.

Inßbesondere ist diese Steuer weit sozialer, als Steuern auf Einkommen und Besitz. Diese letzteren entziehen notwendigerweise der Produktion Kapital, denn sie treffen auch das, was zum Vorteil der Allgemeinheit in der Produktion angelegt ist, und beschränken diese Summe um die Steuerabgabe und sind so, je höher sie sind, in um so größerem Maße produktionsgefährdend. Jede Gefährdung der

Produktion trifft aber unmittelbar das Proletariat. Ich verweise auf meinen Aufsatz in den Grenzboten Nr. 41 dieses Jahrgangs: „Solidarität von Besitz und Proletariat in Steuerfragen“, in welchem näher auf diese Wirkung eingegangen ist. Hier sei nur hervorgehoben: Jede Steuer auf Besitz und Einkommen beschränkt entsprechend ihrer Höhe die Produktion und wirkt damit als Last für den Arbeiter durch Betriebseinschränkung und Drückung der Löhne, als Last für die Allgemeinheit, und damit wieder für das Proletariat durch Erhöhung der Preise der Produkte oder Minderung der Kaufkraft des Geldes. Die Verbrauchssteuer aber wirkt, wie wir gesehen haben, nicht produktionsbeschränkend, sondern im Gegenteil produktionsfördernd. Damit aber wirkt sie indirekt nicht auf Verschlechterung, sondern auf Hebung der Lebensbedingungen des Proletariats.

Doch damit wird bereits dem Folgenden vorgegriffen. Zunächst ist noch bei den unmittelbaren Wirkungen zu verweilen. Neben dem Antrieb zur Förderung der Produktion ist die augenfälligste Wirkung, die hiermit untrennbar zusammenhängt, eine neue Belebung des Spartriebes. Die schlimmste Wirkung der Kriegs- und Revolutionsentwicklung ist ein allgemeines unwirtschaftliches Gebahren im deutschen Volke, das man als sinkende wirtschaftliche Moral bezeichnen kann. Niemand glaubt, daß es noch einen Sinn habe, vorwärts zu arbeiten und zu sparen. Man glaubt, daß die beste Verwendung des Geldes seine sofortige Umsetzung in Genuß sei. Die Furcht vor den hohen Steuerabgaben auf Besitz und Einkommen spielt eine wesentliche Rolle hierbei: Was ich jetzt von meinem Gelde genieße, brauche ich später nicht abzugeben, der Dumme aber kann später die Kosten tragen. Ungeheurer Luxus, der durchweg in keinem Verhältnis zur wirtschaftlichen Lage des Volkes steht, ist die notwendige Folge dieser allgemeiner Leichtfertigkeit. Der egoistische Trieb, der nun einmal das Wirtschaftsleben beherrscht, ist in die falsche Bahn geworfen worden. Statt Sorge für die Zukunft ist die Auskostung des Augenblicks sein Ziel geworden. Das wirtschaftliche Gebahren des einzelnen und der Allgemeinheit ist dadurch demokratisiert. Im Geschäftsleben herrscht Bucher und Unsolidität. Sie sind nicht mehr Ausnahmeerscheinungen, sondern üblich, sie erregen nicht mehr Vorwurf, sondern jeder rechnet mit ihnen als etwas selbstverständlichem. Das Sinken des Wertes des Geldes und die allgemeine Übertreibung haben zu einem wesentlichen Grade ihre Ursache in dem Sinken der wirtschaftlichen Moral. Es ist hohe Zeit, daß in dieser Richtung eine Bremse angelegt wird. Das geschieht aber nicht durch patriotische Phrasen oder moralische Entrüstung, sondern nur durch materiellen Zwang. Nur durch die Forderung: Willst du Luxus treiben und verschwenden, so zahle dafür. Die Bremse, die hier eine zweckmäßige Verbrauchssteuer anlegen würde, ist in erster Linie ihr moralischer Wert, der nicht hoch genug angeschlagen werden kann.

Oder will jemand bezweifeln, daß wirklich durch eine solche Steuer eine kräftige Belebung des Spartriebes eintreten wird? Allerdings ist es richtig: Der wirklich grobe Luxus wird sich durch die Steuer nicht beengen lassen, im Gegenteil, der Umstand, daß für Aufwendungen in bestimmter Höhe das doppelte Geld wie früher notwendig ist, und daß insolgedessen nur ein kleinerer Kreis von Reichen, wie früher, sich die Aufwendungen leisten kann, bildet für den großen Luxus nur einen Anreiz mehr. Für die steuerliche Rentabilität der Verbrauchssteuer mag dies gern mit in den Kauf genommen werden. Dagegen ist unbestreitbar, daß auf die mittleren Einkommen von 30 000 bis 100 000 Mark und wohl auch noch etwas darüber und darunter von der Steuer ein unmittelbarer Druck ausgeübt wird. Diejenigen, welche bisher ihr gesamtes Einkommen verbraucht haben, müssen mindestens insoweit der Steuer Rechnung tragen, als sie entsprechend der Abgabe ihr Einkommen einschränken. Der Druck zum Sparen ist also vorhanden. Ist aber überhaupt einmal die Spartätigkeit ausgelöst, so wirkt sie psychologisch weiter. Die Abneigung gegen das unbedingt Unproduktive, welches für den einzelnen die Steuerabgabe auch gegenüber der Ausgabe für Lebensgenuß hat, die Abneigung gegen das Steuerzahlen wird zu einem psychologischen Zwang in der Richtung, lieber zu sparen, als dem Staate das Geld in den Rücken zu schmeißen.

Auf die unteren Stände übt die Steuer keinen unmittelbaren Druck aus. Und doch wird gerade der kleine Mann unter ihrem Einfluß wieder zur Ordnung und Sparsamkeit hingeleitet werden. Das Streben nach luxuriösem Lebensgebahren in einem Volke wächst niemals aus der Masse heraus. Es kommt von oben und der Luxus der Wohlhabenden ist der Anreiz für die unteren Schichten nach ähnlicher Hebung der Lebenshaltung. Wird die Einschränkung der Lebenshaltung in der großen Masse der Besitzenden, d. h. also in den mittleren Ständen, offenbar, so wird sie notwendig als Druck nach unten im gleichen Sinne wirken. Der gehobene Mittelstand gibt stets die mittlere Linie ab für die Lebenshaltung des Volkes, sowohl in der Richtung des Luxus als auch in der Richtung der Einschränkung, sowohl in der Richtung des Reichthums, als auch in der Richtung auf ernstes Streben. Das kann als volkswirtschaftliches Gesetz ausgesprochen werden, dem auch nicht die Aufpeitschung der Massen durch Agitation entgegengehalten werden kann. Wer diesen Einwurf macht, verwechselt Ursache und Wirkung. Nur die Lebenshaltung der oberen Stände gibt den Anlaß ab für die Agitation unter den unteren Ständen auf gleiche Berechtigungen. Die Agitation wird stets bleiben, nur wird sie entsprechend dem geänderten Lebensgebahren der oberen Stände in andere Richtung geleitet werden. Würde z. B. unter dem Druck der Verbrauchssteuer der Mittelstand dazu übergehen, in ausgedehntem Maße nach eigenem Grund und Boden und eigener Produktion zur Verbilligung der Lebenshaltung zu streben, so wird das gleiche Streben agitatorisch in der Masse verbreitet. Heute erlassen wir groß angelegte Ansiedelungsgesetze ohne im Grunde die materielle Voraussetzung dafür zu haben, nämlich den Trieb im Volke zur Ansiedelung. Wir schaffen große Siedelungsapparate und haben keine Siedler. Geht aber der Mittelstand voran, so haben wir von selbst, was wir suchen. Natürlich ist hierbei nicht in erster Linie an landwirtschaftliche Siedelung gedacht, sondern an das, was mindestens ebenso not tut, an die kleine und kleinste Arbeitsiedelung.

Wir haben oben gesehen, daß der egoistische Trieb, der das Wirtschaftsleben beherrscht, heute in eine falsche Bahn geworfen ist und statt auf Werteschaffung für die Zukunft auf Lebensgenuß für den Augenblick geht. Von einer anderen Seite angesehen bedeutet das: Das Volk hört auf, seine Kräfte nach vorwärts, nach außen zu richten, und beginnt, sie nach innen, gegen sich selbst zu richten. Die wirtschaftliche Tätigkeit wird allmählich nichts anderes, als die allgemeine Liquidation der im Volke vorhandenen Werte, von welchen jeder seinen Anteil zum sofortigen Verzehr verlangt. Man könnte sagen, daß das zwiespältige Streben unserer Feinde, das teils dahin geht, uns als melkende Kuh für die Zukunft zu züchten, teils aber auf eine möglichst sofortige Liquidation des gesamten deutschen Nationalvermögens, dieser inneren Entwicklung eine Berechtigung gäbe: „Ehe die Feinde uns liquidieren, ist es gut, daß wir möglichst schleunigst selbst die Liquidation zu eigenem Genuße besorgen. Wo nichts ist, hat auch der Feind sein Recht verloren.“ Wollte man aber eine solche Berechtigung anerkennen, so würde man damit nichts weiter tun, als für sich selbst den Henker abgeben. Denn was nach Beendigung der Liquidation kommt, ist politisch ein Chaos, physisch ein völliges Erlöschen der Volkskraft, kurz Vernichtung, das Ende des deutschen Volkes. Nur solange wir selbst gegen die Liquidation Widerstand leisten, nur solange uns das Streben nach vorwärts bleibt, können wir auf eine Zukunft hoffen. Diese Erwägung beweist wohl am besten die ungeheure Bedeutung des Spartriebes. Dieser ist tatsächlich die Seele jedes Wirtschaftslebens. Wo der Spartrieb erlischt, bricht auch ohne Feinde und Kriege das Wirtschaftsleben zusammen. Eine Wirtschaftstheorie, die nicht auf dem Spartrieb aufbaut, ist nicht nur utopistisch und verlogen, sie versündigt sich vielmehr gegen die Naturgesetze, denen der Mensch unterliegt. Zur Natur des Menschen gehört der Trieb zum Besitz, sowohl im primitivsten, wie im idealsten Menschenzustand, sei es auch nur der Besitz von Weib und Kind, Ruhestätte und täglicher Nahrung. Der Spartrieb ist nichts weiter, wie die Sorge um das Brot für den kommenden Tag.

Der Druck der Verbrauchssteuer wirkt, wie wir gesehen haben, auf Belebung des Spartriebes in den mittleren und unteren Schichten des Volkes. Was wir von ihm erhoffen können, ist nicht die Bildung neuer, großer Vermögen, es ist nur die Bildung kleinen und kleinsten Besitzes. Er begünstigt eine Entwicklung auf Schaffung eines größeren Wohlstandes der breiten Masse. Das ist ja aber wohl das Zukunftsideal der Sozialdemokratie, soweit sie nicht dem Kommunismus huldigt. Nur daß die Sozialdemokratie dies Ziel teilweise mit Mitteln erstrebt, die den Naturgesetzen der Menschheit zuwiderlaufen und daher unfruchtbar sind. Darum könnte wohl auch für den Sozialdemokraten die Steuer erwägenswert sein. Ebenso aber für die rechtsstehenden Parteien. Je schärfer man dort betont, daß unsere gegenwärtige Situation nichts weiter sei, als die vorübergehende Niederlage des deutschen Volkes im Kampf gegen das alles verzehrende internationale Großkapital, je schärfer dort der Gegensatz zwischen mobilem Großkapital und konsolidiertem Besitz betont wird, desto klarer müßte auch aus diesem Gedankengang die Folgerung gezogen werden, daß es nur einen wirksamen Weg zum Wiederaufbau gibt: die Schaffung kleinen und kleinsten Besitzes in der größtmöglichen Verallgemeinerung. Die Rechte und Linke, soweit sie aufbauen will, können sich also hier die Hand reichen; und den Demokraten soll nicht vergessen werden, daß einer der ihrigen einer der gewichtigsten Befürworter der Steuer in neuer Zeit gewesen ist. Die Rechte hat stets die Mittelstandspolitik auf ihre Fahne geschrieben. Welche kräftigere Förderung des Mittelstandes ließe sich aber in heutiger Zeit denken, als ein solcher Antriebsimpuls auf Schaffung kleiner Vermögen.

Noch eine prinzipielle Erwägung sei gestattet: Der kleine Mann fordert immer stürmischer seinen Anteil bei der Aufteilung des Volksvermögens; die Löhne steigen, das Produktionsvermögen aber wird von Tag zu Tag kleiner. Die Produktion wehrt sich, solange es noch geht, und sucht das Verlorene zu ersetzen und den Zusammenbruch hinauszuschieben: Die Preise der Waren steigen und steigen, der Waren werden aber weniger und weniger: und wieder steigen die Preise und Löhne. Das ist die Schraube ohne Ende in der Richtung auf die Verteuerung des Lebens oder Entwertung des Geldes, in der wir uns jetzt bewegen. (Daß hier auch andere Ursachen mitspielen, soll selbstverständlich nicht verkannt werden.) Nur der neu belebte Spartrieb der Masse kann hier Einhalt gebieten und die Schraube in umgekehrter Richtung in Bewegung setzen: Die Verbrauchsausgabe wird durch die Steuer beschränkt, der Spartrieb will zurücklegen, statt zu versteuern, der Verbrauch selbst kann abgesehen vom Luxus, nur in geringem Maße eingeschränkt werden. Der Verbrauch hat den Ausweg in der Richtung der freien Eigenproduktion. Die Eigenproduktion macht dem Massenprodukt Konkurrenz. Sind sie aber billig zu haben, so will jeder gerne so viel wie möglich Anteil am Massenprodukt und am Luxus haben. Die Großproduktion will weiter leben. Ausweg: Verbilligung des Produkts. Sinken der Preise, Sinken der Löhne, da das Leben billiger gestaltet werden kann. Rückkehr zu normalen Verhältnissen.

Wer neue wirtschaftliche Vorschläge machen will, ist verpflichtet, zunächst ihre Konsequenzen im weitesten Ausmaße zu ermessen. Föricht aber wäre es, diese Konsequenzen anders zu werten, als Möglichkeiten, außer acht zu lassen die zahlreichen gegensätzlichen Strömungen und Hemmnisse, die jeder Verwirklichung eines Ideals sich entgegenstellen. Das muß ausgesprochen werden, denn ein Allheilmittel kann von dieser Steuermaßnahme nicht erwartet werden. Ihr Wert liegt allein in der Tatsache, daß endlich einmal praktisch der Versuch gemacht wird, in anderer Richtung als bisher weiterzugehen. Die Wirkung wird nicht sofort, sondern nur langsam eintreten. Die Steuer wird lediglich einen kleinen Baustein zum Wiederaufbau abgeben. Die neue Richtung des Willens aber wird in immer größerem Maße andere Bausteine heranschaffen.

Aus dem letzterem widerlegt sich auch ein Einwand, der diesem Steuervorschlag gegenüber mit Sicherheit zu erwarten ist: „Wir brauchen Steuern, hier aber wird eine Steuer vorgeschlagen, die in sich selbst antisteuerliche Tendenzen birgt. Ihre Wirkung soll ja sein, die Allgemeinheit dazu anzureizen, der Steuerzahlung auszuweichen. Sie mag volkswirtschaftlich wertvoll sein, ist aber heute

nicht zu brauchen, weil wir vor allen Dingen Steuern haben müssen.“ Nicht so voreilig! Die Entwicklung geht langsam! Die Steuerpolitik kann nie mit jahrzehntelanger Entwicklung rechnen. Sie lebt in gewissem Grade immer, besonders aber in wirtschaftlich schweren Zeiten — und das ist volkswirtschaftlich notwendig — aus der Hand in den Mund. Der Verfasser hat keine Sorge über die Rentabilität der Steuer in den nächsten Jahren. Im Gegenteil, er ist überzeugt, daß die Erträge den Pessimisten angenehm enttäuschen würden. Er ist der Ansicht, daß das Sinken der Erträge in keinem größeren Verhältnis vor sich geht, als es bei fortschreitender wirtschaftlicher Auflösung bei einer neuen Einkommensteuer mit Sicherheit der Fall sein wird. Dann aber noch eine weitere Erwägung: Besitz- und Einkommensteuern sind — wie wir gesehen haben — ihrem Wesen nach produktionszerstörend, sie sind nur in geringen Dosen zu ertragen, und auch dann schon ein Übel. Heute sind sie bereits längst überspannt. In einer kranken Volkswirtschaft müssen sie den Ruin beschleunigen. Die neue Verbrauchssteuer aber ist ihrem Wesen nach produktionsbelebend. Sie baut neue Werte auf und schafft damit neue Steuerobjekte für zukünftigen neuen Steuerbedarf. Was sie später an Rentabilität einbüßt, wird also ersetzt durch die neuen Wege, die sie der Steuerpolitik eröffnet. Gerade wer also eine weitschauende Steuerpolitik treiben will, muß ein Anhänger der Verbrauchssteuer sein. Die Verbrauchssteuer ist produktiv, Besitz- und Einkommensteuern aber sind unproduktiv. Sie sind im Grunde nichts weiter als Konfiskation. Sie sind die primitivsten Formen, die die Steuerwissenschaft kennt. In der heutigen Zeit steht am nahen Ende dieser Steuern das Nichts, das nicht mehr besteuert werden kann. Man betrachte doch einmal die anderen Länder mit äußerster Produktionsenkaltung. Ich verweise nur auf das Beispiel Belgiens. Man hat sich hier vor dem Kriege völlig von der Einkommensteuer freigehalten und besteuerte den Besitz nur in vorfichtigster Weise, Besitzsteuern in unserem Sinne waren dort unbekannt. Mit unserer Krankheit, der Einkommensteuer, haben wir Belgien erst im Kriege infiziert. Unser Steuersystem der letzten Jahrzehnte ist im Grunde nichts anderes, als eine große Konzeption an die über die Naturgesetze des Wirtschaftslebens irrende Theorie der Sozialdemokratie (vgl. meinen oben zitierten Aufsatz). Im Frieden war das System erträglich, weil produktive Kräfte in unerschöpflichem Maße an der Arbeit waren, und darum seine Schäden nicht ins Gewicht fielen. Jetzt fehlen diese produktiven Kräfte und übrig bleibt uns allein zur Deckung des Staatsbedarfs das nackte Konfiskationssystem.

Diese Erkenntnis kann natürlich im Augenblick nicht dazu führen, daß die Steuern auf Besitz und Eigentum nun sofort abgebaut werden, das ist praktisch undurchführbar. Wir müssen die Krankheit, trotz ihrer Gefährlichkeit vorläufig weiter in unserm Körper herumtragen, wir müssen sie aber als Krankheit erkennen und müssen ängstlich darüber wachen, daß sie nicht zum Siechtum ausartet. Was wichtig ist, ist hier wieder nur die neue Richtung des Willens, die auf ein „Galt!“ gehen muß, und später auf einen langsamen Abbau. Das eine aber kann jetzt praktisch gefordert werden: Keine neue Reichseinkommensteuer!

Steuertechnisch könnte eingeworfen werden: Wie soll man den Verbrauch kontrollieren? Dieselbe Frage könnte mit demselben Recht gegen die Einkommensteuer erhoben werden. Der Staat kann weder den Verbrauch noch das Einkommen feststellen. Die Einkommensteuer wurde erst rentabel, als die Selbsteinschätzung eingeführt wurde. Es ist aber nicht erfindlich, wieso die Selbsteinschätzung bei der Verbrauchssteuer schwieriger sein soll, als bei der Einkommensteuer. Im Gegenteil, der Verbrauch des letzten Jahres ist jedem bekannt, die Ermittlung des eignen Einkommens verursacht häufig viel größere Schwierigkeiten. Im übrigen haben wir ja die Einkommensteuer noch, an ihr kann ohne Mühe der Verbrauch jederzeit gemessen werden. Was nicht als produktive Anlage oder sonstiger steuerfreier Verbrauch nachgewiesen wird, ist verbrauchtes Einkommen im Sinne des Gesetzes.